



**Der Magistrat
STADT GROSS-UMSTADT**

Groß-Umstadt, den 27.06.2014

Niederschrift

10. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 08.03.2012

Anwesend:

Stadtverordnetenvorsteher

Herr Karl Dörr

Stadtverordnete/r

Herr Gerhard Dubrau

Herr Jürgen Effenberger

Frau Katja Fischer

Frau Marina Glorius

Herr Christian Gradl

Frau Karin Hartmann

Herr Martin Kleine

Herr Matthias Kreh

Herr Christian Kubela

Herr Andre Leers

Herr Karlheinz Müller

Herr Dieter Ohl

Herr Horst Schneberger

Herr Oliver Schröbel

Herr Dr. Jens Zimmermann

Herr Sven Blümlein

Herr Michael Engels

Herr Heiko Handschuh

Herr Harry Heb

Herr Norbert Knöll

Herr Alexander Pfau

Herr Peter Sekyra

Herr Karl Werner Storck

Herr Dr. Peter Ditter

Herr Ernst-Ludwig Döring

Herr Karl-Heinz Dührig

Herr Mathias Horn

Herr Klaus Scheuermann
Herr Werner Eckhardt
Herr Christian Flöter
Herr Hans-Günter Göring
Herr Karl-Heinz Jung
Frau Christiane Roelle
Herr René Stieme
Herr Dr. Fritz Roth

Bürgermeister

Herr Joachim Ruppert

Erster Stadtrat

Herr Diethard Kerkau

Magistrat

Herr Wilhelm Adams
Herr Dr. Klaus Dummel
Herr Horst Engelhardt
Frau Renate Filip
Herr Alois Macht
Frau Ursula Münch
Herr Reinhold Ritter

Ausländerbeirat

Frau Andreia Machado Freitas Pereira Vertreterin für Frau Torun
Avadikyan

Seniorenbeiratsvorsitzender

Herr Michael Dahrendorf

Schriftführerin

Frau Selina Funck
Frau Doris Mahler

Nicht anwesend:

Stadtverordnete/r

Herr Dr. Jochen Ohl entschuldigt

Magistrat

Herr Richard Fikar entschuldigt

Ausländerbeiratsvorsitzende

Frau Aysel Torun entschuldigt, Vertreterin Frau Andreia
Machado Freitas Pereira

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr
Ende der Sitzung: 22:00 Uhr

Tagesordnung:

10. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 08.03.2012

Teil A

1. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
2. Mitteilungen des Bürgermeisters zur Stadtverordnetenversammlung am 8.3.2012
3. Bebauungsplan "Felsweg" in Umstadt
 - 3.1. Bebauungsplan "Felsweg" in Umstadt - Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der Behördenbeteiligung sowie aus der öffentlichen Auslegung
 - 3.2. Bebauungsplan "Felsweg" in Umstadt - Satzungsbeschluss
4. Erstellung eines bautechnischen Gutachtens für das Bürgerhaus Klein-Umstadt, Änderungsantrag zum TOP 12 der Stadtverordnetenversammlung vom 21.11.2011 von CDU und SPD sowie Änderungsantrag zum gleichen TOP von Bündnis 90/Die Grünen vom 28.11.2011
5. Wirtschaftsplan der Stadtwerke Groß-Umstadt für das Wirtschaftsjahr 2012
 - 5.1. Beschluss des Finanz- und Investitionsprogrammes zum Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebes
 - 5.2. Beschluss Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebes
6. Eigenbetrieb: Verzinsung Anlagekapital und Eigenkapital, Ertragsverwendung
7. Haushaltsplan 2012 der Stadt Groß-Umstadt
 - 7.1. Haushalt 2012 der Stadt Groß-Umstadt: Anträge zum Haushalt 2012
 - 7.2. Haushalt 2012 der Stadt Groß-Umstadt: Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010/2011 zum Haushalt 2012
 - 7.3. Haushalt 2012 der Stadt Groß-Umstadt: Beschluss des Investitionsprogramms zum Haushalt 2012
 - 7.4. Haushalt 2012 der Stadt Groß-Umstadt: Beschluss der Haushaltssatzung zum Haushalt 2012

8. Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vom 15.02.2012 bezgl. u3-Betreuung in den Stadtteilen
9. Antrag der FDP vom 06.02.2012 bezgl. Bildung einer Arbeitsgruppe „Verkehr“
10. Antrag der FDP vom 15.02.2012 bezgl. Neuausrichtung des Verfahrens zum „Bürgerhaushalt“
11. Anregungen und Mitteilungen

Stadtverordnetenvorsteher Dörr eröffnet die 10. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Er begrüßt die anwesenden Stadtverordneten, Bürgermeister Ruppert, die Magistratsmitglieder, Herrn Dahrendorf vom Seniorenbeirat, Frau Machado Freitas Pereira vom Ausländerbeirat und die zahlreich erschienenen Zuschauer. Sein besonderer Gruß gilt den beiden neu nachgerückten Stadtverordneten Herrn Dr. Ditter und Herrn Kleine.

Gegen das Protokoll der 9. Sitzung vom 02.02.2012 liegen keine Einwendungen vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt er mit, dass die Punkte 5 bis 7.4 vorgezogen und zuerst beraten werden sollen. Hierüber wird das Einvernehmen hergestellt.

Punkt 9 wird von der Tagesordnung genommen. Der Antrag wurde im Bauausschuss beraten und von dort zur weiteren Beratung an die Verkehrskommission überwiesen.

Teil A

Zu TOP 1 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Stadtverordnetenvorsteher Dörr teilt mit, dass neue Stolpersteine in Groß-Umstadt verlegt werden sollen, um an das Schicksal der jüdischen Einwohner Groß-Umstadts zu erinnern. Da die Finanzierung noch nicht sichergestellt ist, bittet er darum zu überlegen, ob seitens der Stadtverordneten oder der Fraktionen die Möglichkeit besteht, eine Patenschaft zu übernehmen. Ein Schreiben von ihm wurde an die Mandatsträger ausgeteilt. Er bittet um Rückantwort bis Mitte der folgenden Woche an ihn.

Zu TOP 2 Mitteilungen des Bürgermeisters zur Stadtverordnetenversammlung am 8.3.2012

Bürgermeister Ruppert teilt mit, dass seine Mitteilungen schriftlich verfasst und den Stadtverordneten ausgeteilt wurden. Ebenfalls ausgeteilt wurden die Antworten zu den FDP-Anfragen zu den Themen „Feuerwehr“, „Mitgliedschaft in Tourismusverbänden“, „freiwilligen sozialen Leistungen“ und die Stellungnahme zum angeblichen Veröffentlichungsmangel bei den KiTa-Gebühren.

Inhalt der Mitteilung

KiTa-Entwicklung

Bzgl. der diskutierten möglichen Optionen für eine Erweiterung im KiTa-Bereich u3 wurden zwischenzeitlich weitere Vorgespräche (kirchl. Träger, Spielkreis, Schulträger, Schulleitung) geführt. Aus den Gesprä-

chen sind weitere Aufträge zur Prüfung/ Klärung entstanden. Bzgl. des Projektes an der Geiersbergschule wird der Schulträger resp. das DADI-Werk nach vorliegender Raumplanung und Prüfung von Synergieeffekten zwischen einem KiTa-Projekt und dem erforderlichen Mensa-Bau an der Schule einen Grobentwurf erstellen. Das Raumprogramm für die KiTa erstellt dazu derzeit der Fachbereich der Stadt. Damit können Kosten geschätzt werden und weitere Schritte und Gespräche geführt werden. Es gibt wie bekannt noch keine Detailgespräche und auch noch keine Einarbeitung in den Haushaltsplan der Stadt Groß-Umstadt.

UJAM

Nach Auflösung des Stadtjugendrings wurden die Verwaltungsmittel des Stadtjugendrings auf UJAM übertragen.

Interkommunale Vereinbarung zum HKJGB § 28

Die Vereinbarung nach der die Landkreiskommunen untereinander keine Ansprüche im Sinne des o.g. Paragraphen geltend machen (mit Ausnahmen) wurde verlängert. Die Stadt Darmstadt hatte sich vor einiger Zeit bereits aus dieser Vereinbarung zurückgezogen und tritt auch nicht wieder bei.

Max-Planck-Gymnasium

Die Schulleitung des MPG hat ein Raumkonzept zur Nutzung des Wambolt'schen Schlosses für Schulzwecke erarbeitet und dem Bürgermeister im Entwurf vorgestellt. Das Konzept wird in Kürze fertig gestellt und kann dann auch den Gremien der Stadt Groß-Umstadt zur Kenntnis gegeben werden. Damit besteht eine sachliche Grundlage mit dem Schulträger über Nutzungsmöglichkeiten zu diskutieren. Aktuell ist noch ein baufachliches Gutachten durch den Eigentümer in Bearbeitung. Nach Fertigstellung dieser Unterlagen kann die vom Stadtverordnetenvorsteher bzw. Ältestenrat angekündigte Gesprächsrunde erfolgen.

Stadthallenrestaurant

Das Restaurant ist offensichtlich weiterhin für Publikumsbetrieb geschlossen. Wir sind noch immer im Schriftverkehr mit dem Pächter. Der Pächter wurde aufgefordert seinen vertraglichen Pflichten bis zu einer Regelung nachzukommen. Dies beinhaltet auch die Regelung für allgemeine Öffnungszeiten des Restaurants. Eine Auflösung des Vertrages ist wahrscheinlich. Der Magistrat missbilligt das aktuelle Geschäftsgebahren des Pächters und wird versuchen, so bald wie möglich die Vertragssituation zu klären.

DSL

Den abgestimmten Beschluss zu DSL fassen jetzt sukzessive auch die anderen Kommunen. Groß-Umstadt hatte am 2.2.2012 diesen Beschluss als erste Kommune des Landkreises gefasst. Es gibt Irritationen, ob die Berichterstattungen über Beschlüsse zum Breitband weiterer Kommunen jetzt schon weiterführender oder aktueller sind. Dem ist nicht so. Die nächste interkommunale Abstimmrunde erfolgt in zwei Wochen im Landratsamt.

Tag der offenen Tür des Archivs

Am 1.4.2012 findet ein Tag der offenen Tür im Groß-Umstädter Stadtarchiv in der „Alten Schule Raibach“ statt.

Verlegung der Kirchweih in Groß-Umstadt

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02.02.2012 wurde der Antrag der FDP bzgl. Verlegung der Kirchweih in der Kernstadt zur endgültigen Beschlussfassung an den Ortsbeirat Umstadt überwiesen. Der Ortsbeirat hat in seiner Sitzung am 27.02.2012 über diesen Antrag beraten und beschlossen. Nach Rücksprache mit den Verantwortlichen und der ausgiebigen Diskussion besteht aus Sicht des Ortsbeirats kein Grund und keine Notwendigkeit zur Verlegung des Termins für die Umstädter Kerb.

Zur Kenntnis genommen

Zu TOP 3 **Bebauungsplan "Felsweg" in Umstadt**

Zu TOP 3.1 **Bebauungsplan "Felsweg" in Umstadt - Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der Behördenbeteiligung sowie aus der öffentlichen Auslegung**

Beschluss:

Die Abwägungen der Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung vom 13.01. bis 13.02.2012 werden gemäß den beiliegenden Anlagen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Zu TOP 3.2 Bebauungsplan "Felsweg" in Umstadt - Satzungsbeschluss

Beschluss:

Gemäß § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) wird der Bebauungsplan „Felsweg“ im Stadtteil Umstadt als Satzung beschlossen.

Zugrunde gelegt werden der Entwurf in der Fassung der öffentlichen Auslegung vom 13.01. bis 13.02.2012 und die Beschlüsse über die eingegangenen Stellungnahmen.

Der Geltungsbereich ist aus der folgenden Karte ersichtlich:



Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Zu TOP 4 Erstellung eines bautechnischen Gutachtens für das Bürgerhaus Klein-Umstadt, Änderungsantrag zum TOP 12 der Stadtverordnetenversammlung vom 21.11.2011 von CDU und SPD sowie Änderungsantrag zum gleichen TOP von Bündnis 90/Die Grünen vom 28.11.2011

Vor der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilt der Vorsitzende des Bau- und Umweltausschusses mit, dass in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 24.01.2012 noch Änderungen in der Beschlussvorlage der Verwaltung vorgenommen wurden. Diese Änderungen sind in der heute dem Parlament vorliegenden Beschlussvorlage noch nicht eingearbeitet. Der Ausschussvorsitzende trägt die Neufassung der Beschlussvorlage vor. Über diese lässt der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, gemäß folgenden Kriterien und Zielsetzungen ein baufachliches Gutachten zur Sanierung des Bürgerhauses in Klein-Umstadt zu erstellen:

1. Beschreibung der Maßnahmen, die zur Beseitigung der brandschutztechnischen Mängel erforderlich sind einschl. einer Kostenberechnung.
2. Beschreibung der baulich-funktionalen Mängel **der technischen Anlagen** (wie z. B. WC-Anlage, defekte Fußbodenbeläge, Trennwände Saal usw.) einschließlich Sanierungskonzept und Kostenberechnung inklusive **Betriebskosten**.
3. Ermittlung der Kosten einer kompletten (energetischen **und statischen**) Sanierung des Gebäudes inklusive **Schadstoffe und Betriebskosten**.
4. Im Falle der Möglichkeit einer kompletten Sanierbarkeit ist der Nachweis zu erbringen, dass die notwendigen brandschutz- und bautechnischen Investitionen Bestandteil **des Gesamtsanierungskonzepts** sind.
5. Nachweis der Möglichkeit der abschnittsweisen Sanierung in vernünftigen Bauabschnitten gemäß den im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel (2014 = 800.000 €) bei möglichst durchgehender Nutzbarkeit des Bürgerhauses;_voraussichtlicher Zeitbedarf der einzelnen abschnittsweisen Sanierungsgewerke mit Angabe der jeweiligen Einschränkung der Nutzbarkeit.

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Zu TOP 5 **Wirtschaftsplan der Stadtwerke Groß-Umstadt für das Wirtschaftsjahr 2012**

Die TOPs 5 bis 7 mit den Unterpunkten werden gemeinsam behandelt, die Abstimmung erfolgt jedoch getrennt.

Jede Fraktion hat 15 Minuten Redezeit. In der Haushaltsrede soll auf den Wirtschaftsplan der Stadtwerke, den Haushalt 2012, die eigenen Fraktionsanträge und die Anträge der anderen Fraktionen eingegangen werden. Bei der Abstimmung über die einzelnen Anträge wird keine Redezeit mehr zugelassen.

Nach den Haushaltsreden wird zuerst der TOP 7.1 (Anträge zum Haushalt 2012) behandelt und über die Anträge einzeln abgestimmt.

Danach erfolgt die Einzelabstimmung über die anderen TOPs.

Die Haushaltsreden werden als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Zu TOP 5.1 Beschluss des Finanz- und Investitionsprogrammes zum Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebes

Beschluss:

Die im Entwurf vorliegenden Finanzpläne der Stadtwerke Groß-Umstadt und die Investitionsprogramme für die Betriebszweige Kanalwerk, Baubetriebshof und Wasserwerk für den Planungszeitraum **2011** bis **2015** werden beschlossen.

Analog § 101 HGO ist auf der Basis des § 19 i. V. m. § 1 des EigBGes eine fünfjährige Finanzplanung für die Stadtwerke zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

31 Jastimmen, 2 Neinstimmen, 3 Enthaltungen

Zu TOP 5.2 Beschluss Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebes

Beschluss:

Der im Entwurf vorliegende „Beschluss über den Wirtschaftsplan der Stadtwerke Groß-Umstadt für das Wirtschaftsjahr 2012“ wird beschlossen und dem Haushaltsplan der Stadt Groß-Umstadt als Anlage beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

30 Jastimmen, 1 Neinstimme, 5 Enthaltungen

Zu TOP 6 Eigenbetrieb: Verzinsung Anlagekapital und Eigenkapital, Ertragsverwendung

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge den in dem von der Betriebskommission befürworteten, im Entwurf vorliegenden Wirtschaftsplan 2012 auf den Seiten 8 bis 9 dargelegten Grundsatzbeschluss wie folgt beschließen:

- Die Überschüsse aus Verzinsung des Anlagekapitals sind erst-rangig für Zuführungen an den städtischen Haushalt zu verwenden.
 - Die durch die Verzinsung des Anlagekapitals zu erwirt-

schaftenden Zahlungen an den städtischen Haushalt bestehen aus

- der Konzessionsabgabe im Bereich Wasserwerk, diese betragen 5% der Entgelte aus Gebühren,
 - sowie den Verzinsungen des Eigenkapitals in den Betriebszweigen Wasserwerk und Kanalwerk zu Restbuchwerten.
- Restliche Überschüsse aus der Verzinsung des Anlagekapitals werden den Rücklagen der Betriebszweige zugeführt.
 - Die Angemessenheit der Rücklage berechnet sich aus dem Durchschnitt der Investitionszahlungen abzüglich Zuschüssen und Beiträgen.
 - Der Verzinsungssatz des Anlagekapitals errechnet sich aus der Summe dieser zu erwirtschaftenden Überschussbeträge, dividiert durch die Restbuchwerte des Anlagekapitals abzüglich der Zuschüsse und Beiträge, maximal / minimal aber den seitens der Kommunalaufsicht bzw. der Rechtsprechung definierten Grenzwerten.
 - Der Zinssatz der Eigenkapitalverzinsung beträgt 4%.
 - Der Zinssatz der Anlagekapitalverzinsung und Eigenkapitalverzinsung sind ab dem Planungsjahr 2013 im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes unter § 7 für die einzelnen Gebührenrechnungen auszuweisen.

Abstimmungsergebnis:

34 Jastimmen, 2 Enthaltungen

Zu TOP 7 Haushaltsplan 2012 der Stadt Groß-Umstadt

Die Fraktionsanträge 20, 42, 48 und 55 werden gestrichen, da zu den Konsolidierungszielen und –zeiträumen ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen und der FDP vorliegt, der diese Anträge ersetzt (der Antrag wurde ausgeteilt).

Ebenfalls gestrichen wird der Antrag Nr. 46.

Es liegen zwei geänderte Anträge der CDU vor (Anträge 41 und 45). Der Stadtverordnetenvorsteher bittet darum, die Anträge in den Unterlagen auszutauschen.

Über die Fraktionsanträge 21 bis 23, 40, 53 und 62 erfolgt eine Abstimmung, wobei über die Anträge 22 und 62 gemeinsam abgestimmt wird (inhaltsgleich).

Zunächst lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Anträge des Bürgermeisters (Verwaltungsanträge und Anträge aus den Ortsbeiräten) einzeln abstimmen.

Beschluss:

Die Anträge 24 bis 39, 41, 43 bis 45, 47 bis 51, 54, 56 bis 61 und 63 bis 67 werden zur zeitnahen Überprüfung und Bearbeitung an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Zu TOP 7.1 Haushalt 2012 der Stadt Groß-Umstadt: Anträge zum Haushalt 2012

Beschluss:

Über die vorliegenden Anträge zum Haushalt 2012 wird im Einzelnen wie folgt entschieden:

- **Anträge der Verwaltung**

Sonstige soziale Einrichtungen

Die Familienmesse wurde bisher nicht eingeplant. Der Aufwand für Sach- und Dienstleistungen erhöht sich um den anzusetzenden Betrag.

Die Kosten werden dem Kostenträger "Familienmesse" zugewiesen.

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Brandschutz

Abrollbehälter

Die Auszahlung im Ansatz 2011 wurde zur Deckung einer anderen Maßnahme herangezogen, und ist 2012 neu einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Forstwirtschaft

Ansätze für Materialaufwand irrtümlich aus 2011 übernommen: entfällt

Ansätze für Instandhaltung Wegebau irrtümlich aus 2011 übernommen: entfällt

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Anspardarlehen Freibad
nach Aktenlage zu hohe Ansparraten im Plan ausgewiesen
Gesamtbetrag 700.000 Euro ausweisen

Anspardarlehen Bürgerhaus Klein-Umstadt
Gesamtbetrag 800.000 Euro ausweisen

Investitionspauschale Hessen

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Mittelfristige Finanzplanung

Es fehlt Seite 343a
Ein- und Auszahlungen für Investitionen
Erläuterung der Kreditaufnahmen

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Stand der Verbindlichkeiten

Ergebnisse des Nachtrages 2011 und Wirtschaftsplan 2012 waren
nicht übernommen worden,
Kassenkredite um Faktor 1000 zu hoch eingetragen

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Haushaltssatzung §1

Zahlungsmittelbedarf des Haushaltsjahres
Saldo aus Verwaltungstätigkeit wurde nicht hinzuaddiert

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Seniorenangebote

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 01.12.2011 beschlossen,
die Seniorenbefragung neu aufzulegen.

Abstimmungsergebnis:

12 Jastimmen, 24 Neinstimmen – damit ist der Antrag abgelehnt

Zahlungsmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres

Der Zahlungsmittelbestand des Gemeinschaftskontos Stadt und
Stadtwerke wurde angegeben, es ist jedoch nur der Teilbetrag der
Stadt auszuweisen. Der Finanzmittelbestand am Ende des Haushalts-
jahres verändert sich entsprechend.

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

öffentliche Verkehrsflächen

Die Bundesnetzagentur hat rückwirkend zum 01.01.2011 die Berech-
nungsgrundlagen für Straßenbeleuchtungen geändert (Anlage).

für 2011

(periodenfremder Aufwand, außerordentliches Ergebnis)

für 2012

Abstimmungsergebnis:

35 Jastimmen, 1 Enthaltung

Kinderbetreuung

Erhöhung Betriebskostenerstattung an Spielkreis

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Bestattungen

Maßnahme doppelt geplant für 2012 und 2013
2012 wird gestrichen

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Stellenplan

Für den Stellenplan wurden Korrekturen angemeldet

keine Abstimmung erfolgt

Stellungnahmen Ortsbeiräte

Der **OB Wiebelsbach** empfiehlt, die vorgesehenen Mittel für die Sanierung der Friedhofsmauer zur Errichtung einer Urnenwand in 2012 zu verwenden. Die Friedhofsmauer soll im Investitionsprogramm auf 2015 verschoben werden. Anmerkung: Nur wenn ein Tausch möglich ist!

Abstimmungsergebnis:

28 Jastimmen, 8 Neinstimmen

Der **OB Dorndiel** beantragt die Wiederveranschlagung der Mittel i. H. v. 10.000 EURO für die Errichtung einer Urnenwand. Die Aufnahme soll in den Investplan für 2015 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Der **OB Raibach** befürwortet den HH nur unter dem Vorbehalt, dass die Gehwegsanierung „Beine“ und Mittel für Straßensanierung eingeplant werden.

Bgm. Ruppert schlägt vor dies als Prüfauftrag zu formulieren:

Der Magistrat prüft, ob die Gehwegsanierung „Auf der Beine“ aus Straßenerhaltungsmitteln finanziert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Die Kennzahlen der Produkte werden geprüft und augenscheinlichen Mängeln abgeholfen

Entwicklung Finanzhaushalt

Summe Einzahlungen 2012 fehlt
Vorzeichen Mehrverbrauch Finanzmittel falsch

Haushalt

Gesamt' ist nach aktueller GemHVO nicht mehr als Bezeichnung zu verwenden.
Gesamthaushalt wird zu Haushalt etc.

keine Abstimmung erfolgt

Redaktionelle Änderungen allgemein

Die Verwaltung wird ermächtigt, sonstige redaktionelle - die Vorgaben der Mustervorlagen nach GemHVO, den Begleittext oder Kennzahlen-/Diagrammdarstellungen betreffende - Korrekturen vorzunehmen.
Auf eine Auflistung der Änderungen wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

- **Anträge der Fraktionen**

Antrag aller in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien und Gruppierungen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt im Rahmen der §§ 92 Absatz 4 sowie 101 Absatz 6 HGO in Verbindung mit § 24 Absatz 4 GemHVO folgende Konsolidierungsziele und -zeiträume:

(1) Für das Jahr 2012:

Das Haushaltsdefizit im Jahr 2012 soll gegenüber der vorliegenden Planung im Ergebnishaushalt um **500.000 Euro** reduziert werden.

(2) Für das Jahr 2013:

Das Haushaltsdefizit im Jahr 2013 soll gegenüber der vorliegenden Planung im Ergebnishaushalt um **1.000.000 Euro** reduziert werden.

(3) Für das Jahr 2014

Das Haushaltsdefizit soll im Jahr 2014 gegenüber der vorliegenden Planung im Ergebnishaushalt auf **500.000 Euro** reduziert werden.

(4) Für das Jahr 2015

Der Haushalt soll im Jahr 2015 im Ergebnishaushalt ausgeglichen

sein.

(5) Ab dem Jahr 2016

Der Haushalt soll ab dem Jahr 2016 im Ergebnishaushalt einen Überschuss in Höhe von **500.000 Euro** ausweisen, um die aufgelaufenen Defizite abzutragen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgende Maßnahmen:

Der Haupt- und Finanzausschuss überwacht und begleitet sämtliche Schritte die zur Erreichung der Haushaltskonsolidierungsziele notwendig sind, der Magistrat koordiniert, führt aus und berichtet dem Haupt- und Finanzausschuss.

Insbesondere ist der Haupt- und Finanzausschuss federführend bei der Bestimmung eines Ziel-Wertesystems für freiwillige Leistungen bis zum Ende des Jahres 2012 gemäß der „Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht“ v. 6. Mai 2010. Der Haupt- und Finanzausschuss kann zusätzlich Arbeitsgruppen bilden. Er soll sich gegenüber der Einwohnerschaft und Verwaltung öffnen, unter anderem durch Beteiligung der Agenda 21.

Um das Konsolidierungsziel für 2012 zu erreichen werden die mit dem Haushalt 2012 beschlossenen Maßnahmen des Konsolidierungsprogramms durch den Haupt- und Finanzausschuss zeitnah geprüft, und der Stadtverordnetenversammlung zur abschließenden Beschlussfassung vorgelegt.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat für die Dauer der Konsolidierung einen entsprechenden Arbeits- und Terminplan aufzustellen.

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Anträge der SPD-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt eine Deckelung des Stellenplans der Stadtverwaltung und Stadtwerke auf Basis der vorgelegten Stellenpläne für den Haushalt und den Wirtschaftsplan 2012.

Abstimmungsergebnis:

30 Jastimmen, 6 Neinstimmen

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt bis spätestens 30.9.2012 eine Straßenbeitragssatzung.
Dazu ist vorzugsweise ein Modell auf Basis wiederkehrender Beiträge einzuführen.

Der Antrag wird an den Haupt-und Finanzausschuss (als Konsolidierungsausschuss) überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Anträge der CDU-Fraktion

Der Bauausschuss wird aufgefordert bis spätestens 30.09.2012 eine Prioritätenliste zur Ausweisung von Baugebieten in den Ortsteilen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Anträge der FDP

1. Das Eigenkapital des „Eigenbetriebes Stadtwerke“ wird durch Bankkredite ersetzt.
2. Die Verwaltung erhält den Auftrag, dem Parlament bis zur Sommerpause schriftlich darzulegen, welche Gründe für und welche gegen eine Rückgliederung des Baubetriebshofes in den Fachbereich 5 der Verwaltung sprechen (Auflösung Eigenbetrieb).

Abstimmungsergebnis zu 1.:

6 Jastimmen, 30 Neinstimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmungsergebnis zu 2.:

3 Jastimmen, 20 Neinstimmen, 13 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Mündlicher Antrag:

Auf Seite 257 des Haushaltsplanes sind die Positionen, die mit einem Fragezeichen gekennzeichnet sind (Buswartehallen Klein-Umstadt und Wiebelsbach) zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

1 Jastimme, 33 Neinstimmen, 2 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Anträge der BVG-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit Blick auf die notwendige dauerhafte Ergebnisverbesserung die Anhebung der KiTa- Gebühren (Ergebnisverbesserung um ca. 200.000,-€ laut Haushaltssicherungskonzept).

Hierbei ist auch zu prüfen, ob eine einkommensabhängige Staffelung im Sinne der Mehrbelastung von Besserverdienenden umgesetzt werden kann. Die Verwaltung legt auch unter Beachtung einer einkommensabhängigen Staffelung bis zur Sommerpause der STVV eine neue Gebührenkalkulation vor.

Der Antrag wird an den Haupt-und Finanzausschuss (als Konsolidierungsausschuss) überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Anträge der SPD-Fraktion und der BVG-Fraktion

Beide Fraktionen legen einen inhaltsgleichen Antrag zur Wiederbesetzung von freiwerdenden Stellen vor. Die SPD übernimmt dabei die Formulierung der BVG.

Gemeinsamer Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit Blick auf die notwendige dauerhafte Ergebnisverbesserung die **sofortige Einführung einer Besetzungssperre für alle freiwerdenden Personalposten der Stadtverwaltung und den Stadtwerken.**

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Zu TOP 7.2 Haushalt 2012 der Stadt Groß-Umstadt: Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010/2011 zum Haushalt 2012

Beschluss:

Das Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2012 der Stadt Groß-Umstadt wird in der vorliegenden Fassung – ergänzt um die hierzu beschlossenen Änderungsanträge - beschlossen, und dem Haushalt 2012 als Anlage beigefügt..

Abstimmungsergebnis:

36 Jastimmen

Zu TOP 7.3 Haushalt 2012 der Stadt Groß-Umstadt: Beschluss des Investitionsprogramms zum Haushalt 2012

Beschluss:

Das im Entwurf vorliegende Investitionsprogramm der Stadt Groß-Umstadt für den Planungszeitraum 2011 bis 2015 wird - ergänzt um die hierzu beschlossenen Änderungsanträge - beschlossen und dem Haushaltsplan 2012 als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

34 Jastimmen, 1 Neinstimme, 1 Enthaltung

Zu TOP 7.4 Haushalt 2012 der Stadt Groß-Umstadt: Beschluss der Haushaltssatzung zum Haushalt 2012

Beschluss:

Die im Entwurf eingebrachte Haushaltssatzung der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2012 wird – ergänzt um die hierzu beschlossenen Änderungsanträge - als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

34 Jastimmen, 1 Neinstimme, 1 Enthaltung

Zu TOP 8 Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vom 15.02.2012 bezgl. u3-Betreuung in den Stadtteilen

Beschluss:

Bei der Planung der U3-Betreuung für Groß-Umstadt sind auch in den

Stadtteilen Plätze angemessen vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:

12 Jastimmen, 22 Neinstimmen, 2 Enthaltungen

- damit ist der Antrag abgelehnt –

Zu TOP 9 **Antrag der FDP vom 06.02.2012 bezgl. Bildung einer Arbeitsgruppe „Verkehr“**

Der Antrag wird vom Antragsteller als erledigt angesehen und zurückgezogen, da er zur Beratung an die Verkehrskommission verwiesen wurde.

Zu TOP 10 **Antrag der FDP vom 15.02.2012 bezgl. Neuausrichtung des Verfahrens zum „Bürgerhaushalt“**

Der Antrag wird vom Antragsteller zurückgezogen und neu formuliert.

Zu TOP 11 **Anregungen und Mitteilungen**

Stadtverordneter Horn regt an, gleich im Anschluss an die heutige Sitzung einen Termin für die nächste H+F-Sitzung zu vereinbaren, damit zügig mit den Konsolidierungsaufgaben begonnen werden kann. *(Hinweis der Schriftführerin: Die nächste Sitzung des H+F findet am 19.03.2012 von 18:30 Uhr bis 20:00 Uhr im Clubraum der Stadthalle statt.)*

Stadtverordneter Scheuermann erkundigt sich nach dem Sachstand DSL und bittet den Bürgermeister, seinen Einfluss auf Kreisebene in dieser Angelegenheit zu verstärken. Außerdem bittet er darum, dass er – wie in der Betriebskommission der Stadtwerke - bzgl. der Stromlieferverträge Einblick hätte.

Stadtverordneter Roth gibt bekannt, dass das Revisionsamt auf Antrag der Kommunen tätig wird. Dies sei in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom Bürgermeister nach seiner Auffassung so nicht mitgeteilt worden.

Bürgermeister Ruppert beantwortet die Anregungen und Mitteilungen wie folgt:

DSL: hier wird weiter beraten und verhandelt. Es gibt weiterhin weniger technische als gesellschaftsrechtliche Hürden. Es ist der Wunsch aller Beteiligten, dass die Angelegenheit schneller zum Abschluss kommen sollte.

Stromlieferverträge: Die Stromlieferverträge werden in der Sitzung der Betriebskommission erörtert. Außerdem sind die Verträge in den Anträgen zur Konsolidierung enthalten.

Revisionsamt: Es steht außer Frage, dass das Revisionsamt auch auf Antrag prüft. Etwas anderes wurde auch nicht kommuniziert oder behauptet. In der Diskussion zum Thema ging es in der politischen Beratung darum, ob Einzelprüfungen an das Revisionsamt zu beauftragen sind oder ob gebeten wird die vorgeschlagenen Projekte in die ohnehin stattfindende turnusmäßige Prüfung aufzunehmen.

Karl Dörr
Stadtverordnetenvorsteher

Doris Reichenberger
Schriftführerin